

**Frauenrats-Vorsitzende Schneidewind-Hartnagel**

## **"Die Bürger müssen sagen: So geht's nicht!"**

Koalition zur Wahlrechtsreform verpflichtet - Aktuell

"Demokratiedefizit im Landtag"

Noch 9 **Gratis-Artikel** diesen Monat.

**RNZonline Angebote**

18.05.2018, 06:00 Uhr



"Die Bürger müssen sagen: So geht's nicht!"

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Die Grünen-Politikerin Charlotte Schneidewind-Hartnagel (64) ist Vorsitzende des baden-württembergischen Landesfrauenrats. Parteiübergreifend sind hier 50 Mitgliedsverbände mit mehr als zwei Millionen weiblichen Mitgliedern organisiert. Aktuell fordert der Verband die Einsetzung eines "Bürger\*innenforums" zur Wahlrechtsreform.

**Frau Schneidewind-Hartnagel, das Thema Wahlrechtsreform scheint in dieser Legislatur im Landtag "tot" zu sein. Was soll Ihr Bürgerforum noch bringen?**

Ein "Bürger\*innenforum", wie wir es uns vorstellen, gab es bereits bei der strittigen Frage der Altersversorgung von Abgeordneten. Genau so ein Konstrukt wünschen wir uns auch: "Zufallsbürgerinnen und -bürger", die unter Beratung von Expertinnen und Experten noch einmal über das Wahlrecht diskutieren. Am Ende soll eine Empfehlung stehen. **Gänzlich ergebnisoffen?**

Ja. In der grün-schwarzen Koalition wurde ja nur noch über einen minimalen Kompromissvorschlag diskutiert. Jetzt sollen alle Varianten, auch ein Zwei-Stimmen-Wahlrecht wie bei der Bundestagswahl, zur Debatte stehen.

**Was erhoffen Sie sich davon?**

Vor allem eine größere Aufmerksamkeit. Was bedeutet das Thema Wahlrecht? Welche Interessen stehen dahinter? Welche Möglichkeiten gibt es, endlich das zu überwinden, worunter Baden-Württemberg noch immer "leidet": dem extrem geringen Frauenanteil im Landtag? Das liegt mit Sicherheit nicht an den Frauen in Baden-Württemberg, sondern an den Strukturen.

**Egal ob Liste oder Direktkandidaten: Am Ende ist die Kandidatenaufstellung etwas, worüber - auf welcher Ebene auch immer - in Parteien entschieden wird. Was geht das die Bürger überhaupt an?**

Ich habe mir das "Bürger\*innenforum" nicht gewünscht. Ich habe mir gewünscht, dass die Regierung ihren Koalitionsvertrag umsetzt. Der Landesfrauenrat muss aktiv werden, weil das eigentliche politische Geschäft nicht gemacht wurde. Wir denken nicht, dass das Forum das Nonplusultra ist. Aber es ist Sache der Bürger, der Regierung zu sagen: So geht's nicht!

**Die CDU-Fraktion hat mit ihrem Veto schlimmste Verwerfungen in der Koalition, ja, selbst in der Partei auf sich genommen. Warum sollte sich deren Haltung ändern?**

Ich weiß nicht, ob sich etwas ändert. Aber wir als Landesfrauenrat werden uns nicht kampflos geschlagen geben. Die Wahl der Mittel ist leider begrenzt. Wir haben riesige Diskrepanzen zwischen dem, was die Parteien wollen und dem, was die Fraktionen machen. Die Abgeordneten sind befangen. Inzwischen äußert sich ja selbst Frau Merkel in Berlin kritisch über den Stellenwert der Frauen innerhalb der CDU. Das muss irgendwann auch den baden-württembergischen CDU-Abgeordneten zu denken geben.

**Sie wirken skeptisch.**

Ich bin nicht skeptisch. Ich bin ergebnisoffen. Gerade in Zeiten, in denen Politikern immer weniger vertraut wird, sollte der Landesregierung daran liegen, ihren Bürgern zuzuhören. Als Wählerin erwarte ich, dass Dinge, die vor zwei Jahren im Koalitionsvertrag vereinbart wurden, eingehalten werden. Aber je nachdem, welche Handlungsempfehlungen ein Bürger\*innenforum gibt, kann man hinterher ja noch weiter gehen - und zum Beispiel direktdemokratische Elemente draufsetzen.

**Also: Auch wenn Sie die Hoffnung nicht aufgeben - was müsste parallel geschehen, falls die Wahlrechtsreform nicht kommen sollte?**

Ich komme aus einer Partei, in der das Einhalten der Geschlechterparität selbstverständlich ist. Wir quotieren, wo immer wir sind - Rednerlisten auf Parteitage, Ministerposten, Staatssekretärsposten. Wir haben damit kein Problem. Bei den anderen scheint der Einfluss derjenigen, die gerne Modernisierungen hätten, zu gering. Der Einfluss der Traditionalisten in der CDU hingegen scheint in Baden-Württemberg sehr, sehr stark zu sein. Damit sind sie aber nicht mehr zeitgemäß. Und diejenigen, die in 2018 schon angekommen sind, wissen auch, dass die CDU darum einen großen Verlust an Wählerinnenstimmen hat, einen großen Verlust in den Städten. Es ist auch machtpolitisch dumm, sich Reformen zu verweigern.

**Letzter Punkt: Ihnen persönlich könnte man Befangenheit bei diesem Thema vorwerfen - schließlich sind Sie bei der Nominierung als Direktkandidatin für die Landtagswahl 2016 gescheitert. Welche Rolle spielt das?**

Keine. Ich habe nicht vor, noch einmal für ein politisches Mandat zu kandidieren. Ich kenne auch beide Systeme: Bundestagskandidaturen, wo es um den guten Listenplatz ging, und Landtagskandidaturen. Beide Systeme haben Vorteile und Nachteile. Man kann darüber diskutieren, was man möchte. Aber das Ergebnis muss sein, dass wir ein besseres Abbild der Bevölkerung im Parlament bekommen. Da geht es nicht nur um den zu geringen Frauenanteil, sondern wir haben auch zu wenig junge Menschen, zu wenig Menschen mit unterschiedlichen Herkunftsbiografien, zu wenig Vielfalt. Der Männerüberhang im Landtag ist kein reines Frauenthema, sondern ein Demokratiethema. So wie die Zusammensetzung heute ist, sehe ich ein Demokratiedefizit im Landtag, das nur durch eine Wahlrechtsreform behoben werden kann.